

Frank Lorenz Müller

## Die Paulskirche auf der „Bahn der Macht“

Open Access. © 2023 Frank Lorenz Müller, publiziert von De Gruyter. Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 International Lizenz.  
<https://doi.org/10.1515/9783110697452-003>

Die Revolution von 1848 spielt eine wesentliche Rolle in einigen Großinterpretationen zum Verlauf der deutschen Geschichte in der späten Neuzeit. Von besonderer Bedeutung ist sie für diejenigen, die sich auf die angeblichen Abweichung Deutschlands von einer vermeintlichen westlichen Norm kaprizieren. Der britische Historiker Alan J. P. Taylor hat 1848 einmal den Wendepunkt genannt, an dem Deutschland es versäumte, sich zu wenden und diese Unterlassung als die Essenz der Revolution bezeichnet.<sup>1</sup> Als Folge sollen sich die Deutschen in ihrer darauffolgenden Entwicklung vom Westen abgekehrt haben. Aus der Sicht der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts offenbarte sich diese angebliche Abkehr als defizitär. Die Flamme der Freiheit hätte 1848/1849 in Deutschland nicht so hell gebrannt, dass es zu einer wirklichen Umwälzung gekommen wäre. Der Respekt vor dem gewählten nationalen Parlament sei so gering gewesen, dass man es bald aufgegeben und verlacht hätte. Die Ehrfurcht vor den Thronen und der Obrigkeit hätte hingegen eine so gewaltige Wirkung entfaltet, dass die Deutschen am Ende vor ihnen gekuscht hätten. Letztlich erschien der Untertanenverstand der Deutschen so beschränkt, dass sie die im Herbst 1848 in Berlin einziehenden Truppen des Generals Wrangel freudig begrüßten.<sup>2</sup>

Aufgrund der Fokussierung darauf, welche vermeintlich oder tatsächlich positiven Aspekte der politischen Modernisierung des Westens in Deutschland gefehlt hätten, haben Historiker den Blick auf die Übereinstimmungen mit dem Westen über lange Zeit vernachlässigt. Zum einen ist hierbei festzustellen, dass bedeutende, als fortschrittlich-westlich verstandene Politikphänomene in Deutschland im Revolutionsjahr 1848/1849 durchaus vorhanden waren. Etwa die weit in ländliche Räume ausgreifende Fundamentalpolitisierung oder die rasante Erweiterung und Ausdifferenzierung der medial vermittelten Öffentlichkeit. Sol-

---

<sup>1</sup> Taylor, Alan J. P. *The Course of German History*. London: Hamish Hamilton, 1945, 68.

<sup>2</sup> Zur Kritik an diesem Interpretationsmodell siehe vor allem Blackbourn, David, und Geoff Eley. *The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*. Oxford: Oxford University Press, 1984.

che Aspekte der Revolution von 1848/1849 in Deutschland hat die neuere Forschung inzwischen prägnant herausgearbeitet.<sup>3</sup>

In diesem Beitrag richtet sich das Interesse jedoch auf eine weitere Beobachtung: auf einen Politikbereich, in dem sich die deutschen Revolutionäre von 1848/1849 (einschließlich der Parlamentarier in der Frankfurter Nationalversammlung) durchaus an den damals gängigen und von Zeitgenossen als vorbildhaft verstandenen Mustern moderner westlicher Politikmodelle orientiert haben. Allerdings handelt es sich dabei um einen Bereich, der aus heutiger Sicht eher anrüchig wirkt: um Imperialismus, Kolonialismus und Flottenpolitik.

Wenn man einigen gängigen Interpretationen zur deutschen Geschichte im langen neunzehnten Jahrhundert folgt, hätte ein im Jahr 1848/1849 von deutschen Liberalen, Nationalisten und Revolutionären betriebener Imperialismus eigentlich gar nicht existieren dürfen. Vor dem angeblichen Machtverzicht des Bürgertums in den Jahren 1848/1849 und 1866–71 galten diese Kräfte zwar als schwach, aber doch als emanzipatorisch und oppositionell. Der deutsche Nationalismus soll einen Funktionswandel von linker Opposition und Partizipationseinforderung zu rechter Systembefestigung und außenpolitischer Aggression durchlaufen haben.<sup>4</sup> Der deutsche Imperialismus – zusammen mit seinem Streben nach einer Schlachtflotte und einem kolonialen Platz an der Sonne – wurde gänzlich einer Bismarck-schen oder später Wilhelminischen Strategie zugeordnet. Diese soll „von oben“ geleitet worden sein und sozialimperialistische, wahlkampftaktische oder wirtschaftspolitische Motive verfolgt haben – zugunsten der herrschenden Eliten und in Komplizenschaft mit einer feudalisierten, verführten, bürgerlichen Mittelschicht.<sup>5</sup> Dafür habe das Bürgertum seine eigentlichen liberalen Ideale verkauft; eben jene Ideale, an deren Verwirklichung der damals noch unbefleckte liberale deutsche Nationalismus 1848 gescheitert war.

Im Gegensatz zu diesen sorgfältig argumentierenden historiographischen Interpretationen steht der klare Befund, dass in den liberalen und nationalen Diskursen des deutschen Vormärz ein intensives und positives Engagement mit den Themen Imperialismus, Kolonialismus und Seemacht stattfand und dass diese Ideen während der Revolution von 1848/1849 zu einem Höhepunkt gelangten. Im

---

<sup>3</sup> Umfassender Forschungsüberblick bei Hachtmann, Rüdiger. *Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49*. Tübingen: Edition Diskord, 2002.

<sup>4</sup> Winkler, Heinrich August. „Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79“. *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978): 5–28.

<sup>5</sup> Wehler, Hans-Ulrich. *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht, 1973, 171–181.

Treibhaus der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt wuchsen diese Ideen besonders schnell heran.<sup>6</sup>

Die imperialen Ideen, die im deutschen Vormärz Verbreitung fanden, kreisten um drei miteinander verzahnte Themen: Erstens ging es um den Aufbau einer deutschen Volkswirtschaft – einer „Nationalen Ökonomie“, die durch imperiale Rohstoffquellen und überseeische Absatzmärkte verstärkt und ergänzt sein würde. Diese Ambitionen wurden besonders von Friedrich List vertreten, für den gerade der Blick auf die überlegenen Wirtschaftsmächte der Zeit – vor allem auf Großbritannien – prägend war. Am Erfolg des Inselreiches glaubte man direkt ablesen zu können, wie sehr Nationen wirtschaftlich von ihren imperialen Netzwerken profitierten. „Bei der Theilung der neuen Welt war unser dichtendes und denkendes Volk zu spät erschienen“, resümierte der als Experte in Fragen des Kolonialhandels ausgewiesene Leipziger Ökonom Wilhelm Roscher 1848. „Dieses Ausgeschlossensein hat natürlich für alle volkswirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die nachtheiligsten Folgen gehabt.“<sup>7</sup>

Ein zweiter Themenbereich betraf die Auswanderung. Aus der öffentlichen Diskussion über dieses Phänomen entwickelte sich ein veritabler „Migrationskolonialismus“, der im Verlauf der 1840er Jahre in Fahrt kam und publizistische Wellen schlug. Eine vor allem aus wirtschaftlicher Not geborene Massenauswanderung aus dem Deutschen Bund nach Übersee beschleunigte sich in den 1830er Jahren. Während in den 1820er Jahren im Durchschnitt nur etwa 2.000 Deutsche pro Jahr die Heimat verließen, wuchs die Zahl im darauffolgenden Jahrzehnt auf 14.500. In den 1840er Jahren, einer Dekade, die von Hunger und Not geprägt war, schnellte die Zahl der Auswanderer auf über 40.000 pro Jahr hinauf und erreichte 1847 gar mehr als 80.000.<sup>8</sup> In der publizistischen Diskussion wurde die Auswanderung als Zeichen der Schwäche der deutschen Nation verstanden, nicht zuletzt

---

<sup>6</sup> Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse meiner früheren Arbeiten zusammen; siehe Müller, Frank Lorenz. „Der Traum von der Weltmacht. Imperialistische Ziele in der deutschen Nationalbewegung von der Rheinkrise bis zum Ende der Paulskirche“. *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 6 (1996/97): 99–183. Grundlegend hierzu Fenske, Hans. „Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachträume“. *Historisches Jahrbuch* 97/98 (1978): 336–383. Wichtige neue Impulse zu diesem Thema gibt Fitzpatrick, Matthew. *Liberal Imperialism in Germany: Expansionism and Nationalism, 1848–1884*. New York: Berghahn Books, 2008.

<sup>7</sup> Roscher, Wilhelm. „Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung“. *Deutsche Vierteljahrs Schrift* (3/1848): 98–99; zum weiteren Thema, siehe Müller, 1996/97, 121–127.

<sup>8</sup> Smith, Woodruff. *The Ideological Origins of Nazi Imperialism*. New York/Oxford: Oxford University Press, 1986.

<sup>9</sup> Marschalck, Peter. *Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Klett, 1973, 35–37.

aufgrund der Unfähigkeit des Vaterlandes – beziehungsweise der vielen kleinen Vaterländer –, die Landeskinder in Übersee vor Ausbeutung und Unheil zu bewahren. Viele Gräuelgeschichten über das Schicksal verratener und verkaufter Emigranten machten die Runde. Es gab zwar einige Stimmen, die den alljährlichen Aderlass als ein „soziales Sicherheitsventil“ begrüßten, das dem Land in harten Zeiten die Ernährung vieler hungriger Mäuler ersparte. Die überwiegende Reaktion auf die steigenden Auswandererzahlen war jedoch besorgt. Man beklagte den Verlust an Volkskraft, den jährlichen Blutzoll, der den Körper der deutschen Nation schwächte, und zwar zugunsten anderer Nationen, deren Kolonien nun von der Arbeitskraft und dem Geschick deutscher Auswanderer profitierten.<sup>10</sup>

Als Lösung für diese Problematik kam bald der Gedanke von deutschen Siedlungskolonien ins Gespräch. Die Pflanzung deutscher Siedlungen in Übersee versprach hier auf mehrfache Weise Abhilfe: die sicheren Ankunftsorte würden einen effektiven Schutz für Auswanderer bewirken; umgeben von Landsleuten würden die Auswanderer ihre nationale und kulturelle Eigenart – ihr Deutschtum, wie es damals hieß – bewahren und keine Ausländer werden. Zudem würden die deutschen Tochter-Kolonien durch ihren Handel und ihre Bindung an Deutschland das Vaterland bereichern und seinen Einfluss über die ganze Welt verbreiten. So würde sich die deutsche Nation an die Seite der anderen Großmächte stellen, die man damals bewundernd analysierte. In der „Allgemeinen Zeitung“ aus Augsburg, der damals wohl renommiertesten deutschen Zeitung mit überregionaler Bedeutung, hieß es etwa 1841:

Wer sich in Gedanken um ein Jahrhundert vorwärts versetzen will, wird sich leicht ungefähr vorstellen können, welche Rolle in jener Zeit die englische, französische und deutsche Rasse in der Welt spielen werden, wenn sie fortfahren zu handeln wie gegenwärtig. [...] Deutschland könnte Jahrhunderte lang sein Herzblut ausgießen, ohne dass es in einen andren Welttheil ein neues Deutschland gründete. [...] Es ist daher hohe Zeit, dass Deutschland anfange sich auszubreiten und die Basis neuer deutscher Völker zu legen.

Während Frankreich, England und Russland die Welt aufteilten, klagte dasselbe Blatt einige Jahre später, „gelten die Deutschen auf dem Erdball nichts. Denn sie sitzenträumerisch zu Hause und sehen beschaulich zu wie andere Nationen ganze Erdtheile für sich in Besitz nehmen.“ Dabei hatte das Blatt schon zu Beginn des Jahrzehnts ganz klar auf die Lösung hingewiesen: „Nach einer eigenen deutschen Colonie wäre die planmäßige Auswanderung ohne Zweifel am leitesten und sichersten anzurufen.“<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Müller, 1996/97, 109–115.

<sup>11</sup> Allgemeine Zeitung, Nr. 145, 25.5.1841, Beilage, 1153–1154; Nr. 237, 26.8.1845, Beilage, 1889; Nr. 193, 11.7.1840, Beilage, 1529.

Für solche Kolonien benötigte man geeignete Siedlungsräume, und die Suche danach wies den Blick auf Landstriche, die noch zu haben schienen. Unbekümmert blätterte man in den Atlanten und verfiel auf Teile Nordamerikas, die noch nicht zu den USA gehörten, wie Texas oder Kalifornien, auf die bei Neuseeland gelegenen Chatham-Inseln oder auf nur vage definierte Gebiete in Sub-Sahara-Afrika, die künftig germanisiert werden sollten. 1847 wurde schließlich ein „Nationalverein für deutsche Auswanderung und Kolonisation“ begründet, der namhafte Mitglieder wie Georg Beseler, Robert Menzel, Robert Blum oder Carl Welcker anlockte, seine Arbeit jedoch erst im Sommer 1848 aufnahm.<sup>12</sup>

Der dritte bedeutende Themenbereich war die Hoffnung auf eine deutsche Seemacht. Die von den Organen des Deutschen Bundes weitgehend ignorierte Frage der Organisation einer deutschen Marine wurde seit Beginn der 1840er Jahre im Kontext der Nationalbewegung lebhaft diskutiert. Wieder einmal erwies sich die liberale „Allgemeine Zeitung“ als Stimmführerin. „Die Überzeugung, dass Deutschlands Seehandel, der sich immer mehr hebt [...] einer Kriegsmarine bedürfe, steht bei allen denkenden und kundigen Menschen fest“, erklärte sie schon 1841. „Dass wir eine treffliche Kriegsseemacht haben können, wird auch von niemand mehr in Zweifel gezogen.“<sup>13</sup> Solche Überlegungen ruhten damals schon auf einem alten Fundament. Friedrich Ludwig Jahn, einer der Urväter der deutschen Nationalbewegung, hatte bereits 1828 eine Marine mit Weltgeltung und Freiheit verknüpft: „Seefahrt, Seehandel und Seewehr machen ein Volk erst wertreif und weltmäßig“, so schrieb er in seinen „Neuen Runen-Blättern“. „Ein bloßes Landwehrvolk bleibt ein Steppenklepper, und seine Verfassung wird nie eine rechte Dauerkraft erlangen. Aber ein Seewehrvolk lässt die Sonne der Freiheit nie gänzlich untergehen.“<sup>14</sup>

Der Wunsch nach einer deutschen Flotte verband die beiden anderen Themen – Wirtschaft und Auswanderung. Friedrich List war ein beredter Befürworter der Flottenidee zum Schutz und Ausbau des deutschen Handels. Eine deutsche Flotte vor Ort sollte Auswandererschiffe und Auswanderer in den Ankunftshäfen und -ländern schützen und auch Handelsrouten bewachen. In den publizistischen Organen der aufkeimenden liberal-nationalen Öffentlichkeit wurden die Notwendigkeit einer deutschen Flotte, die Vorteile, die sie versprach, und die Wege zu ihrer Ermöglichung – etwa durch die Gründung einer Zollvereinsflotte – ausführlich diskutiert.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Müller, 1996/97, 115–121.

<sup>13</sup> Allgemeine Zeitung, Nr. 74, 15.3.1841, Beilage, 587.

<sup>14</sup> Jahn, Friedrich Ludwig. Meer Bedeutsamkeit [1828], in: ders., Werke, hg. v. Carl Euler, Bd. 2.1, Hof: Lion, 1885, 430–433

<sup>15</sup> Müller, 1996/97, 132–137.

Vor allem aber verhieß der Flottengedanke Freiheit und Macht, und so beflügelte er die politische Lyrik des Vormärz. Zwei Beispiele mögen hier genügen, um das Genre zu veranschaulichen. Georg Herwegh veröffentlichte 1841 sein Gedicht „Die deutsche Flotte“ als eine „Mahnung an das deutsche Volk“. In sechzehn Strophen spornte er seine Landsleute an: „Erwach mein Volk mit neuen Sinnen/Blick in des Schicksals goldnes Buch/Lies aus den Sternen dir den Spruch/Du sollst die Welt gewinnen!/Erwach, mein Volk, heiß deine Töchter spinnen/Wir brauchen wieder einmal deutsches Linnen/Zu deutschem Segeltuch.“ Zwei Jahre darauf schlug Ferdinand Freiligrath mit seinen vierundzwanzigstrophigen „Flotten-Träumen“ in dieselbe Kerbe. Bei seiner Aufzählung der Namen, die die künftigen deutschen Kriegsschiffe tragen würden, brachte ein ganzes Pantheon deutschen Nationalstolzes und liberaler Hoffnung auf einen nautischen Nenner: „Wie unsre muth'gen Orlogsmänner heißen?/Komm mit auf's Meer, ich will es dir verkünden!-/Da drüben, der mit den 60 Feuerschlünden,/Das ist ‚Der Arndt‘ – du siehst die Goldschrift gleißen.“ Andere Schiffe in dieser erträumten Flotte waren „Die Sieben“, der „Doktor Luther“, „Der Schiller“ und „Die freie Presse“. In Freiligraths Traum zieht diese Flotte dann auch prompt in einen Kampf, in dem „Volk an Volk gerungen“ wurde – bis „eine Seeschlacht Lorbeern uns geschlungen um unsre Lutten und um unsre Säbel.“<sup>16</sup>

Die vormärzliche Flottenbewegung erwies sich als so wirkungsmächtig und prägend, dass man sich im Revolutionsjahr 1848, als es darum ging, den Traum von einer deutschen Nationalstaatsgründung zu verwirklichen, hinsichtlich der Bedeutung der Marine völlig einig war. Unter den Bravo-Rufen der Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt konnte der Berichterstatter des sofort einberufenen Marine-Ausschusses bereits im Juni 1848 verkünden: „Meine Herren! Wir wollen die Einheit Deutschlands gründen; es gibt kein Zeichen für diese Einheit, das in dem Maße innerhalb und außerhalb Deutschlands diesen Beschluss verkündet, als die Schöpfung einer deutschen Flotte.“<sup>17</sup> Für die Befürworter des Nationalstaats war dessen Befähigung zur überseeisch ausgreifenden militärischen Machtausübung und damit zum imperialistischen Handeln bereits vor seiner Gründung zu seinem Signum herangereift.

Es überrascht daher nicht, dass die im Vormärz entstandenen Diskurse, Ambitionen und Pläne mit Beginn der Revolution von 1848 eine neue Dringlichkeit erhielten. „Jetzt oder nie!“ titelte die Zeitung „Der deutsche Auswanderer“ im April 1848. – „Jetzt oder nie! Jetzt liegt kein Bundestag mehr als Hemmschuh vor

<sup>16</sup> A. a. O., 127–132.

<sup>17</sup> Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hg. Franz Wigard. Bd. 1. Frankfurt/Main: Sauerländer, 1848, 251 [=Wigard].

den Bestrebungen guter, als Rückhalt und Stütze schlechter Regierungen.“ Die Kernforderungen, die das Blatt im Juni 1848 veröffentlichte, ergaben sich dann auch folgerichtig aus den Debatten des Vormärz: (1.) eine „tüchtige Seemacht“, (2.) die „Auswanderung nach eigenen Kolonien“ und (3.) die „Theilnahme am Welt-handel“.<sup>18</sup> Dass damit der Anschluss an die als vorbildhaft und überlegen beneide-ten westlichen Imperial- und Handelsstaaten gesucht wurde, liegt auf der Hand und sollte nicht verwundern. Bei der Gründung des Nationalstaats ging es selbst-verständlich nicht nur um Freiheit und Verfassung im Innern. Der Nationalist ist bestrebt, so Ernest Gellner, die Übereinstimmung von Nation und Staat zu erreichen.<sup>19</sup> Und mit dem Staat und seinen Machtmitteln erhält die Nation die Möglich-keit, ihre Interessen auch gegen den Widerstand äußerer Gegner und Konkurren-ten durchzusetzen – friedlich wie kriegerisch, in Europa wie in Übersee. Das war natürlich auch das Anliegen der deutschen Nationalisten von 1848.

So bekannte der Historiker Georg Gottfried Gervinus im März 1848 in der „Deutschen Zeitung“ ganz unverblümt, dass es uns „um den Erwerb von Macht ebensosehr zu thun sein muss, wie um den Besitz der Freiheit“.<sup>20</sup> Dieser Gedanke wurde im Verlauf der Revolution implizit und explizit weitergesponnen. Beson-ders prägnant ausgesprochen wurde er im Januar 1849 in der Paulskirche. Reichs-finanzminister Hermann von Beckerath erklärte dort: „Das erste Bedürfnis einer großen gebildeten Nation ist das der Macht; sie will nach Außen hin geehrt und mächtig sein.“ Der prominente Abgeordnete und Historiker Friedrich Christoph Dahlmann führte diese Überlegung noch weiter aus und verknüpfte sie zwingend mit dem anderen großen Movens der Zeit – der Freiheit: „Die Bahn der Macht ist die einzige, die den gärenden Freiheitstrieb befriedigen und sättigen wird, [...] denn es ist nicht bloß die Freiheit, die er meint, es ist zur größeren Hälften die Macht, die man ihm bisher versagte, nach dem es ihm gelüstet.“<sup>21</sup>

Die Bahn der Macht führte diejenigen, die 1848/1849 in Deutschland und be-sonders in der Paulskirche versuchten, einer großen gebildeten Nation Einheit und Freiheit zu geben, unweigerlich auch in den Imperialismus. „Jetzt oder nie“ sollten diese als ausgereift und hinlänglich bekannt verstandenen Pläne realisiert werden. Innerhalb kurzer Zeit entfalteten sich intensive und vielfältige Aktivitä-ten, um weltwirtschaftliche, migrationskolonialistische und flottenpolitische Ziel-setzungen umzusetzen. Um diesen Wirrwarr ein wenig zu entflechten, soll der Blick im Folgenden auf zwei Ebenen gerichtet werden: (1.) auf Aktionen innerhalb

<sup>18</sup> Der Deutsche Auswanderer, Nr. 15, 8.4.1848, 233.

<sup>19</sup> Gellner, Ernest. Nations and Nationalism. Oxford: Oxford University Press, 1983, 1.

<sup>20</sup> Deutsche Zeitung, Nr. 70, 10.3.1848, 544.

<sup>21</sup> Beckeraths Rede (12.1.1849) und Dahlmanns Rede (22.1.1849) in: Wigard, Bd. VI, 4595 und Bd. VII, 4821.

der revolutionär erweiterten deutschen Öffentlichkeit und (2.) – etwas ausführlicher – auf die Entscheidungen und Handlungen der durch die Revolution geschaffenen zentralen Institutionen, der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und der provisorischen Zentralgewalt.

In der deutschen Öffentlichkeit brach sich 1848/1849 eine gewaltige Flotteneuphorie Bahn. Dabei wurden die latent vorhandenen Flottenambitionen aus dem Vormärz zusätzlich vom Krieg gegen Dänemark angestachelt, der über die Schleswig-Krise ausgebrochen war. „Denn was ist Deutschland ohne Flotte? Ein armer alter, schwacher Mann,/den Dänemark mit zwanzig Schiffen/Verderben, hungern lassen kann“, beklagte die „Hallesche Zeitung“ im Mai 1848.<sup>22</sup> Überall schossen Marine-Vereine, Marine-Komitees, Flottenbauvereine aus dem Boden. In Hamburg boten Reeder Handelsschiffe zur Bewaffnung an, um einen Grundstock für die deutsche Flotte zu bilden. Im ganzen Land – besonders fernab der Küsten – kam eine Spendenbewegung zugunsten der deutschen Flotte ins Rollen. Frauen und akademische Kreise taten sich dabei besonders hervor – mit Schmuckspenden und der Überweisung von Geldern für abgesagte Kommerse. Jacob und Wilhelm Grimm beteiligten sich an der Organisation zur Bewaffnung von Kauffahrern. Lorenz von Stein fungierte als Schriftführer des Kieler Ausschusses für die Flotte, und landauf landab wurden in Denkschriften, Zeitungsartikeln und Aufrufen Überlegungen zur Größe, Form, Aufgabe und Schlagkraft der deutschen Flotte angestellt. Marcus Niebuhr, der Sohn des Historikers, plante etwa einen flottengestützten Handstreich zur Vernichtung der britischen Arsenale von Woolwich und Chatham. Und wieder wurden Verse geschmiedet, dass sich die Spannen bogen: „dann schmücke Dich mit schwarz-rot-goldner Pracht“, wurde der deutschen Flotte aufgetragen, „und zeig' es allen Völkern, allen Reichen,/was sie vermag, die furchtlos kühne Macht,/die Flottenmacht, gebaut aus deutschen Eichen.“<sup>23</sup>

Gleichzeitig wurden zahlreiche Vereine und Initiativen zur Auswanderungs- und Kolonisationsfrage gegründet. In diesen Foren wurden die sattsam bekannten Argumente aus dem Vormärz gebetsmühlenartig wiederholt. Alexander von Bülow eröffnete im Mai 1849 die konstituierende Sitzung des „Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation“ mit einem Festvortrag:

Suchen wir jetzt, wo Deutschland sich zur nationalen Einheit erhebt, diesen hundertarmigen Strom [die Auswanderung], der sich unfruchtbare im Sande verliert, in ein Bett zu leiten, das ihn befruchtend auf seine Quelle zurückwirken lässt. Was soll geschehen, um die 100.000

---

<sup>22</sup> Hallesche Zeitung, 28.5.1848.

<sup>23</sup> Zitat aus der Kölnischen Zeitung, 25.6.1848; Müller, 1996/97, 138–144.

Deutschen, die alljährlich fortziehen, auch in der Fremde mit dem Vaterland in Verbindung zu erhalten? Die Beantwortung dieser Frage soll die Aufgabe unseres Vereins sein.

Die Antwort, die man dem preußischen Ministerium kurz darauf zukommen ließ, war „eine vernünftige Kolonisation“.<sup>24</sup>

Dem Verein traten bald so prominente Persönlichkeiten wie der Berliner Oberbürgermeister Franz Naunyn, der Industrielle Friedrich Harkort und der Freihandelspublizist John Prince-Smith bei. Er produzierte Vorträge und Pamphlete, die von der imperialen Eignung der deutschen Rasse, von den verbesserten Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie in Übersee und von der Möglichkeit kündeten, in südamerikanischen Staaten die politische Macht zu übernehmen. Der Berliner Verein fand bald Eingang in den „Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung“. Dieser Dachverband war bereits im Januar 1848 gegründet worden und setzte sich im April mit der Frankfurter Bundesversammlung in Verbindung, um daran zu erinnern, dass die Auswanderung dem Ziel der „Eroberung von Einfluß und Handel in fernen Landen“ dienen muss. Im Dezember 1848 wandte sich der Verein an die Provisorische Zentralregierung in Frankfurt, um die Finanzierung einer Kommission zu erreichen, die in Mexiko und den Vereinigten Staaten mögliches Ansiedlungsland inspizieren sollte.<sup>25</sup>

Mit diesen Kontakten wenden wir uns schließlich den Frankfurter Institutionen zu. Die an kolonialen und maritimen Fragen interessierte deutsche Öffentlichkeit hatte sich viel vom Zusammentreten der Nationalversammlung erwartet. Die „Allgemeine Auswanderungs-Zeitung“ aus Rudolstadt vertraute „fest, dass sie [...] dieser nationalen Lebensfrage ihre ganze Aufmerksamkeit und ihren vollen Einfluß zuwenden und mit Kraft und Nachdruck die rechten Schritte nicht unterlassen werde, damit Deutschland, in sich einig und stark, seinen schützenden Arm auch ausstrecke über alle seine Kinder in der Ferne.“ Man erwartete die „Vereinigung und Festigung deutschen Lebens, deutscher Sprache und deutscher Sitte in lebenskräftigen Kolonien und eine schirmende Flotte“.<sup>26</sup>

Die Paulskirche sollte diese hochgespannten Hoffnungen nicht enttäuschen. Dies war kaum verwunderlich, denn viele Wortführer imperialistischer Hoffnungen waren als gewählte Abgeordnete in die deutsche Nationalversammlung eingezogen. Der Zeitgeist verschaffte sich Geltung. Dies begann täglich mit einem ritua-

<sup>24</sup> Bülow, Alexander von. Zweck und Bedeutung des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation. Berlin: Reimárus, 1849, 11; Schreiben an Otto von Manteuffel, 26.5.1849, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1. HA, Rep. 77, Ministerium des Innern, Tit. 226, Nr. 115 Bd 1, Bl. 2.

<sup>25</sup> Müller, 1996/97, 144–148.

<sup>26</sup> Allgemeine Auswanderungszeitung, Nr. 17, 24.4.1848, 259.

lisierten Hinweis auf die Flottenbewegung. Denn zu Beginn jeder Sitzung wurden feierlich die Spenden verlesen, die aus dem ganzen Land eingegangen waren, um den Aufbau einer deutschen Flotte zu finanzieren. An dieser patriotischen Liturgie hielt das Parlament bis zum bitteren Ende fest. Noch am 6. Juni 1849, als die Nationalversammlung längst nach Stuttgart geflohen war, verkündete der Sitzungspräsident Wilhelm Löwe den Eingang einer Spende von fünf Gulden und 48 ½ Kreuzer aus Königshofen.<sup>27</sup>

Es wurden jedoch auch konkrete Schritte zur Errichtung einer deutschen Flotte unternommen. Der die Nationalversammlung vorbereitende 50er-Ausschuss rief eine hochrangig besetzte „Marine-Commission deutscher Küstenstaaten“ ins Leben, die den Frankfurter Institutionen bereits im Juni 1848 einen Bericht vorlegte. Die darin skizzierten Pläne sahen eine Flotte von 24 Korvetten und Fregatten mit insgesamt über 1.000 Geschützen vor. Die Kommission definierte die Aufgaben dieser Flotte als die überseeische Unterstützung des deutschen Handels, die Befähigung zur Kanonenbootdiplomatie vor Ort und die Vorbereitung für einen etwaigen Krieg. Der Bericht wurde unter anderem dem Marine-Ausschuss der Paulskirche unterbreitet, der bereits im Mai 1848 eingerichtet worden war. Namens dieses Ausschusses beantragte Joseph von Radowitz im Juni 1848 einen Etat von 6 Millionen Talern zur Errichtung einer Flotte, deren Aktionsradius keineswegs auf den Konflikt mit Dänemark beschränkt sein sollte: „Das erste deutsche Kriegsschiff, das erscheint und sich vor die Mündung des Rio de la Plata legt, zeigt den dortigen zahlreichen Deutschen, [...] dass hinter ihnen ein Volk von 40 Millionen steht. Dasselbe gilt allenthalben“, rief er dem begeisterten Plenum in der Paulskirche zu. „Die Schöpfung der Flotte ist nicht bloß eine militärische Frage, eine commercielle Frage, sondern im höchsten Grade eine nationale Frage.“ Auch andere Redner berauschten sich an Visionen von der bevorstehenden „Ehre und Machtherrlichkeit Deutschlands“ und erinnerten an die Notwendigkeit einer Flotte zur „Erwerbung und Erhaltung einer Colonie“<sup>28</sup>.

Am 14.6.1848 traf die deutsche Nationalversammlung im Anschluss an diese Debatte ihren ersten finanziellen Beschluss und wies ein Budget von 6 Millionen Talern an, um den Grundstein für den Bau einer deutschen Kriegsmarine zu legen. Nach Einrichtung der vorläufigen Zentralgewalt baute der für Marinefragen zuständige Reichshandelsminister Arnold Duckwitz ein Marine-Ministerium auf, und Ende 1849 lag unter dem Kommando von Konteradmiral Karl Rudolf Brommy eine Flotte von neun Dampffregatten oder -korvetten, zwei Großseglern und 27 Kanonenbooten auf der Weser. Die technische Marine-Kommission bei der provisorischen Zentralgewalt dachte allerdings schon weiter und legte bereits im Janu-

---

<sup>27</sup> Wigard, Bd. IX, 6802.

<sup>28</sup> Wigard, Bd. I, S. 251, 308, 309.

ar 1849 einen Plan vor, der deutsche Flottenstützpunkte im Mittelmeer, vor Nordamerika, in Westindien, an der Südostküste Südamerikas, an der Westküste Afrikas, in Ostindien und in China vorsah. Dazu sollten im kommenden Jahrzehnt mehr als 40 Fregatten und Korvetten in Dienst gestellt werden. Dabei wurde genau auf die weltweite Konkurrenz geblickt, und die Schlagkraft der deutschen Marine gegenüber den „Seemächten zweiten und dritten Ranges“ abgewogen, denen Deutschland „Achtung gebieten“ wollte. Zudem sollte es darum gehen, „Handels-Verträgen den gehörigen Nachdruck“ und Auswanderern den „gebührenden Schutz“ zu verleihen.<sup>29</sup>

Wie bereits erwähnt war die Auswanderungs- und Kolonisationsfrage eng mit der Flottenpolitik verbunden. In dieser Angelegenheit war – wie bereits bei den Planungen der Marine-Kommission – eine Lösung in drei Schritten vorgesehen: (1.) Die verfassungsrechtliche Garantie der Auswanderungsfreiheit; (2.) die Organisation einer staatlichen Auswandererfürsorge und (3.) eine Kolonisations- und Ansiedlungspolitik. Die beiden ersten Punkte wurden recht schnell geregelt. Die Auswanderungsdebatte, mit der sich die Nationalversammlung am 21. Juli 1848 im Rahmen der Grundrechtsdiskussion befasste, offenbarte, wie weit bei einigen Abgeordneten die Hoffnungen gingen: mit dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf freie Auswanderung verbanden Ludwig Tellkampf und Remigius Vogel die Aussicht, durch geeignete Fürsorgemaßnahmen „ein neues Deutschland“ zu begründen. Die Leitung der Auswanderströme sollte erreichen, dass „wir groß und geachtet dastehen unter den Völkern der Erde.“ Und immer wieder richtete sich der Blick auf das, „was den Engländern in ihren Niederlassungen und Colonien gelungen“ war.<sup>30</sup>

Die Paulskirche brachte im Anschluss ein gesondertes Auswanderungsgesetz auf den Weg, das im Frühjahr 1849 debattiert wurde und die Einrichtung eines Reichauswanderungsamtes vorsah. Insgesamt war der Antrag eher vorsichtig und maßvoll formuliert. Dass der Schwerpunkt auf der Überwachung und Regulierung des Auswanderungswesens lag, genügte einigen kolonialen Hitzköpfen nicht. Für Friedrich Schulz waren „die germanischen Völker [...] vorzugsweise bestimmt, den Erdball in Besitz zu nehmen.“ Am Pazifik, so hoffte er, „kann ein mächtiges herrliches Neudeutschland erblühen.“ Seine Zusatzanträge sahen vor, dass das Amt sich mit den privaten Auswanderungs- und Kolonialvereinen in Verbindung setzen sollte. Zudem sollte das Aufgabenfeld der zu ernennenden Reichskonsuln erweitert werden und nunmehr die Vorbereitung der Gründung eines „Neudeutschland“ umfassen. Beide Anträge wurden angenommen, und das solcherma-

---

<sup>29</sup> Wigard, Bd. I, 319; Müller, 1996/97, 154–156.

<sup>30</sup> Wigard, Bd. II, 1056–1057, 1060, 1062.

ßen erweiterte Auswanderungsgesetz wurde das erste Gesetz ohne Verfassungsrang, das die Nationalversammlung erließ.<sup>31</sup>

Angesichts der begrenzten Zeit und der knappen Mittel der Frankfurter Institutionen ließ sich auf der Bühne einer imperial ausgreifenden Weltpolitik natürlich nur wenig erreichen. Die hochgespannten Erwartungen erschöpften sich zu meist auf dem Papier, oder sie entwickelten keine spürbare Wirkung. Brommys Flottille dümpelte noch einige Jahre tatenlos auf der Weser, bis sie anfangs der 1850er Jahre sang- und klanglos versteigert wurde. Aber die Zentralgewalt subventionierte immerhin die Weltreise des Schriftstellers Friedrich Gerstäcker, der sich auf Empfehlung des Abgeordneten Wuttke an das Handelsministerium wandte, um Kolonialgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Flottenstützpunkte für Deutschland zu finden. Minister Duckwitz gewährte ihm 1.000 Taler mit der Auflage, Gerstäcker möge regelmäßige Berichte schicken. Die Reise dauerte allerdings zu lange, und am 23. Januar 1850 stellte der Bundestag die Unterstützung des wackeren Weltreisenden wieder ein. Als der Rumpf der Nationalversammlung im Juni 1849 aufgelöst wurde, befand sich Gerstäckers letzter Bericht – verfasst am 16.6.1849 in Buenos Aires – noch auf dem Postweg nach Deutschland.<sup>32</sup>

Die praktische Bilanz des Imperialismus der Revolution von 1848/1849 nimmt sich also kläglich aus: ein paar Schiffe auf der Weser, ein gestrandeter Weltreisender, dazu Berge von Papier voller hochfliegender Rhetorik. Mehr war in der kurzen Frist, die den Gründervätern des ersten deutschen Nationalstaats für ihre Unternehmung zugemessen war, nicht zu erreichen gewesen. Aber das mindert nicht die Bedeutung dessen, was gewollt und erhofft wurde. In einer erstaunlich ähnlichen Vorwegnahme dessen, was in der Bismarckzeit und danach unter Wilhelm II. als deutsche Kolonial- und Weltpolitik firmierte, erwiesen die Vertreter der deutschen Nationalbewegung und ihre Vertreter in der Paulskirche 1848/1849, dass sie durchaus auf der Höhe der Zeit waren und die in den Großmächten des neunzehnten Jahrhunderts praktizierten Politikformen kannten und nachahmen wollten.

Dazu mussten sie sich nicht erst von der Macht verabschieden oder ihre eigentliche Sendung aufgeben. In ihrem Bedürfnis nach kolonialem Landbesitz, see-gestützter militärischer Kraft, nach Welthandel und globaler Geltung glichen sie den nationalen Ambitionen anderer europäischer Nationalisten ihrer Zeit. Als Befürworter eines nationalen Staats befanden sie sich im neunzehnten Jahrhundert immer auch auf der „Bahn der Macht“.

---

<sup>31</sup> Müller, 1996/97, 158–159; Wigard, Bd. VIII, 5720–5721.

<sup>32</sup> Müller, 1996/97, 160.